
Vorsitz: Belarus**1016. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 6. Juli 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 11.00 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Dapkiunas

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum: Russische Föderation (Anhang) (FSC.DEL/253/22/Add.1), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/252/22 OSCE+), Belarus (FSC.DEL/254/22 OSCE+), Kanada, Tschechische Republik – Europäische Union (FSC.DEL/251/22)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

Ankündigungs- und Mahnmechanismus nach FSK-Beschluss Nr. 10/02 (FSC.DEC/10/02): Vorsitz (FSC.DEL/255/22 OSCE+)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 13. Juli 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1016. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1022, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

nachdem es dem Nordatlantischen Bündnis unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht gelungen ist, sich an die Bedingungen nach dem Ende des Kalten Krieges anzupassen, versucht es weiterhin, seine Existenz auf eine einzige Art und Weise zu rechtfertigen, und zwar indem es die Instabilität in Europa schürt. Der NATO-Gipfel, der vom 28. bis 30. Juni in Madrid stattfand und sich lediglich als Geste der Verzweiflung des kollektiven Westens erwies, bestätigt das. Im Jahr 2021 musste die NATO eine demütigende Flucht aus Afghanistan hinnehmen. Heute, da Russland Maßnahmen zur Verteidigung seiner Sicherheitsinteressen ergreift, lässt die NATO in ihrer Ohnmacht den alten Leitspruch ihres ersten Generalsekretärs, Lord Hastings Lionel Ismay, wieder aufleben: „Die Sowjetunion (jetzt Russland) draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen (jetzt die EU) unten halten“. Nun, ein Überbleibsel aus dem Kalten Krieg kann nur nach den Gesetzen des Kalten Krieges funktionieren. Aber diese Zeiten sind schon lange vorbei. Es bricht nun ein Zeitalter der Multipolarität an, ein Zeitalter, in dem die Staaten für eine wirklich demokratische Weltordnung eintreten, die auf der bedingungslosen Achtung der Rechte und Interessen der Länder und Völker beruht.

Lassen sie mich ein paar Worte zur geplanten NATO-Norderweiterung sagen. Einige Staaten glauben, dass sie auf diese Weise Russland „entkommen“ können. In diesem Zusammenhang muss man an die Vorbereitungen für die Feierlichkeiten zum 300. Jahrestag der Schlacht von Poltawa im Jahr 2009 denken. Grigorij Karasin, derzeit Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Föderationsrates der Russischen Föderation, erinnert sich, dass damals ein schwedischer Kollege sagte: „Wir sind dem russischen Zaren Peter I. dafür dankbar, dass er unseren König Karl XII. besiegt hat. Seitdem haben wir unseren Platz in Europa erkannt, haben aufgehört Kriege zu führen und leben in Frieden und Wohlstand.“ Es ist wirklich schade, dass diejenigen, die einst gute Nachbarn waren, heute auf militaristische Rhetorik setzen und sich in einen groß angelegten hybriden Krieg gegen Russland hineinziehen lassen. Darüber hinaus haben sie selbst, wenn auch unter unerbittlichem Druck der US-Regierung, nicht nur jahrhundertealte Traditionen der Neutralität, sondern auch andere vom Westen hochgehaltene so genannte demokratische Ideale aufgegeben. Wir werden ja sehen, was dabei herauskommt.

Vom NATO-Treffen in Madrid gibt es keine Sensationen zu berichten. Alle Weichenstellungen waren im Voraus bekannt: die Bestimmung der äußeren Feinde (Russland und China), die hemmungslose Militarisierung des europäischen Kontinents, die Zuspitzung der europäischen Sicherheitskrise und – natürlich – die Bekundung der bedingungslosen Unterstützung für die Kriegsverbrecher in Kyjiw. Die NATO-Staaten haben offenbar noch nicht begriffen, dass sie in der Ukraine nicht nur ihre eigenen Waffen und ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger als Söldnerinnen und Söldner vernichten, sondern auch ihren eigenen Ruf zerstören, da sie – und das keineswegs zum ersten Mal – einen Krieg gegen alles führen, was russisch ist.

In den frühen Morgenstunden des 3. Juli hat das Kyjiwer Regime nach dem Vorbild und mit der Unterstützung seiner NATO-Hintermänner ballistische Raketen vom Typ Totschka-U mit Streumunition und Kamikaze-Drohnen vom Typ Tu-143 Rejs eingesetzt, um gezielt Wohngebiete der russischen Städte Belgorod und Kursk anzugreifen, in denen es keinerlei militärische Einrichtungen gibt. Die russischen Flugabwehrsysteme konnten alle feindlichen Geschosse abwehren, aber es bleibt die Tatsache, dass diese Angriffe bewusst gegen die Zivilbevölkerung geplant und durchgeführt wurden. In Belgorod wurden fünf Menschen getötet, darunter drei mit ukrainischer Staatsbürgerschaft, und vier weitere wurden verletzt. Unter den Opfern befanden sich auch Kinder. Mehr als 26 Wohngebäude und 46 Häuser wurden beschädigt. Glücklicherweise gab es bei diesem Angriff in der Oblast Kursk keine Opfer zu beklagen, aber seit gestern sind die Dörfer an der Grenze erneut unter Artilleriebeschuss geraten. Wo bleibt der Aufschrei aller derer, die die angeblichen russischen Angriffe auf zivile Ziele in der Ukraine genutzt haben, um sich aufzuspielen? Oder werden Russen einfach als Kollateralschaden abgetan? Wir warnen das kriminelle Regime in Kyjiw und seine Handlanger vor der unausweichlichen Vergeltung.

Empört haben wir festgestellt, dass die hoch gepriesenen „freien“ Medien des Westens die Aufnahmen aus Belgorod als „Folgen russischer Angriffe auf die Ukraine“ präsentierten. Gleichzeitig werden europäische Journalistinnen und Journalisten, die wahrheitsgetreu über die Entwicklungen im Gebiet der militärischen Spezialoperation berichten, in ihren Heimatländern strafrechtlich verfolgt. Zu ihnen gehört auch die deutsche Journalistin Alina Lipp, die in Deutschland beschuldigt wurde, „kriminelle Handlungen gegen die Ukraine zu begünstigen und gutzuheißen“, nur weil sie einige Bewohner des Donbass interviewt hatte. Niemand im Westen will die Wahrheit über die Ereignisse erfahren, es ist viel einfacher, die allgemeine antirussische Propaganda unreflektiert zu übernehmen.

Ein weiteres Beispiel dafür ist der Versuch, die russischen Streitkräfte zu beschuldigen, am 27. Juni einen Angriff auf ein Einkaufszentrum in der Stadt Kremenschuk verübt zu haben. Das eigentliche Ziel der Luft- und Weltraumkräfte der Russischen Föderation war das zu Verteidigungszwecken genutzte Straßenbaumaschinenwerk Kredmasch in Kremenschuk, in dem Waffen und Munition gelagert wurden, die von den Vereinigten Staaten und europäischen Ländern für den Gefechtsverband der ukrainischen Streitkräfte im Donbass geliefert wurden. Diese Waffen sollten dazu dienen, Russen zu töten. Die Detonation der dort gelagerten Munition für diese westlichen Waffen löste einen Brand in einem Einkaufszentrum neben dem Werksgelände aus, das schon lange nicht mehr für kommerzielle Aktivitäten genutzt wurde. Die erste Frage, die sich jedem vernunftbegabten Menschen stellen sollte, ist, warum das kriminelle Regime in Kyjiw Waffen und Munition in Hangars in der Nähe ziviler Infrastruktur gelagert hatte. Werden hier erneut Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde benutzt? Die zweite Frage richtet sich an die westlichen Hintermänner der ukrainischen

Regierung: Sind Sie immer noch der Ansicht, dass die Lieferung von Militärgütern an ukrainische Neonazis im Einklang mit den Bestimmungen des Waffenhandelsvertrags und Ihren Verpflichtungen aus internationalen Ausfuhrkontrollregimen steht?

Herr Vorsitzender,

die unterschiedlichen Ansätze Russlands und des Westens bei der Einschätzung der Ziele und Aufgaben der militärischen Spezialoperation entbinden die Vereinigten Staaten und die EU-Länder nicht ihrer Verantwortung für die Folgen der Waffenlieferungen an die Ukraine.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden bereits über 28 000 Tonnen Militärgüter an das kriminelle Regime in Kyjiw geliefert, von denen ein Teil in den Nahen Osten geht und schließlich auf dem Schwarzmarkt landet. Die Strafverfolgungsbehörden der west-, nord- und osteuropäischen Länder haben bereits eine erhebliche Zunahme des kriminellen Waffenhandels aus den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten festgestellt. Südosteuropa ist ein Gebiet mit besonders hohem Risiko. In diesem Zusammenhang kommen – gelinde gesagt – Zweifel auf am Engagement der Regierungen Frankreichs und Deutschlands, der Waffenlieferanten der ukrainischen Regierung, ob sie tatsächlich das Ziel verfolgen, im Rahmen der deutsch-französischen Initiative von 2017 gegen den illegalen Schusswaffenhandel auf dem westlichen Balkan den illegalen Waffenhandel zu bekämpfen.

In der Zone der militärischen Spezialoperation werden einige der westlichen Waffen direkt von den „Verteidigern“ des Kyjiwer Regimes – in der Absicht sich damit zu bereichern – an das russische Militär übergeben. Auf diese Weise sind unsere Truppen kürzlich zu zwei französische Selbstfahrlafetten CAESAR gekommen. Es ist sogar die Situation eingetreten, dass ukrainische Militärangehörige in der Gegend von Popasna eine in den USA hergestellte Javelin-Panzerabwehrrakete und andere Waffen gegen zehn Kisten Konservendosen eintauschten. Andere Waffensysteme landen als Kriegstrophäen im Besitz der verbündeten Streitkräfte Russlands, der Volksrepublik Luhansk (LNR) und der Volksrepublik Donezk (DNR), darunter schultergestützte Panzerabwehrgranatwerfer des Typs Panzerfaust aus deutscher Produktion samt Munition.

Es gibt noch einen dritten möglichen Weg für westliche Militärausrüstung in der Ukraine, nämlich ihre Umwandlung in Altmetall. Etwa ein Drittel der 70 000 Panzerabwehrlenkwaffen und Panzerabwehrraketensysteme, die der ukrainischen Armee übergeben wurden, sind bei Angriffen mit Hochpräzisionswaffen der russischen Luft- und Weltraumkräfte zerstört worden. Wie es scheint, ist die westliche Presse besonders besorgt darüber, dass von den 108 M777-Haubitzen, die an die ukrainischen Streitkräfte geliefert wurden, nur noch 34 in Betrieb sind. Russische Militärangehörige haben vor kurzem eine Hightech-Panzerhaubitze 2000 aus deutscher Produktion in die Luft gesprengt. Sie wird derzeit von unseren Experten untersucht. Ich habe eine Frage an unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen: Warum so umständlich? Transportieren Sie doch die Waffen gleich in den Ural. Früher oder später werden Ihre „Kanonen“ sowieso dort landen. Für den Fall, dass es im Westen immer noch nicht verstanden wurde: Westliche Waffen haben im Donbass nichts verloren.

Wir stellen mit Bedauern fest, dass die ukrainische Regierung angesichts eines akuten Mangels an Waffen weiterhin alles tun wird, um die Lieferung von schwerem Gerät aus westlichen Ländern zu erzwingen. So plant etwa die ukrainische Führung die Inszenierung eines Einsatzes chemischer Waffen durch die russischen Streitkräfte. Zu diesem Zweck haben ukrainische Neonazis Container mit (über 6 000 Litern) flüssigem Chlor zur Pump- und Filterstation des Slowjanska-Wärmeleistungswerks in Mykolajiwka gebracht, die sie mit Sprengstoff versehen haben und in die Luft sprengen wollen, sobald sich die verbündeten Truppenteile der russischen Streitkräfte und DNR-Verbände nähern. Natürlich wird das alles von einem entsprechenden Hype in den westlichen Medien begleitet werden. Es überrascht nicht, dass die Europäische Union der Ukraine bereits 300 000 Chemikalienschutzanzüge und Hunderte von Ausrüstungen für die Deaktivierung gefährlicher Stoffe zur Verfügung gestellt hat. Ebenso stationieren ukrainische bewaffnete Formationen gezielt Waffen in Einrichtungen der chemischen Industrie, so etwa in den Unternehmen *Ukrkhimtransammiak* (Mykolajiw), *Odessa Port Refrigerator* (Odessa) und *Kharkiv Khimprom* (Charkiw). Wir fordern die ukrainischen Nationalisten und ihre Handlanger auf, zur Vernunft zu kommen und von derlei gefährlichen Provokationen Abstand zu nehmen.

Wir haben wiederholt darüber berichtet, dass ukrainische Spezialisten im Auftrag der Vereinigten Staaten von Amerika direkt an der Entwicklung eines Mechanismus zur verteilten Verbreitung tödlicher Virenstämme im Rahmen der Herstellung selektiver Biowaffen beteiligt waren. Die vom Pentagon finanzierten Forschungszentren untersuchten insbesondere die Immunität der ukrainischen Bevölkerung, um diejenigen Krankheitserreger zu ermitteln, die für die Menschen aus einer bestimmten Region und Angehörige einer bestimmten Ethnie am gefährlichsten sind. In diesem Zusammenhang haben wir die Aussage des prominenten amerikanischen Wissenschaftlers Geoffrey Sachs zur Kenntnis genommen, der die COVID-19-Kommission von *The Lancet* leitet. Ihm zufolge ist es sehr wahrscheinlich, dass das Coronavirus aus einem US-amerikanischen Biologielabor entwichen und nicht natürlichen Ursprungs ist. Er fügte auch hinzu, dass es „genügend Beweise“ dafür gebe, um diese Angelegenheit zu untersuchen, dass jedoch bisher niemand wirklich „dem Geheimnis auf die Spur kommen“ wollte.

Herr Vorsitzender,

die russische militärische Spezialoperation Russlands zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine geht weiterhin zügig voran. Am 3. Juli unterrichtete der Verteidigungsminister der Russischen Föderation, Sergej Schoigu, den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, über die Befreiung der Volksrepublik Luhansk (LNR). Als Ergebnis der erfolgreichen Kampfeinsätze, die gemeinsam mit den verbündeten Einheiten der LNR durchgeführt wurden, konnte die vollständige Kontrolle über Lyssytschansk und die nahegelegenen Ballungszentren, darunter Bilohoriwka, Nowodruschsk, Malorjansanzewe und Bila Hora, erlangt werden. Die Zivilbevölkerung begrüßte die verbündeten Truppen als ihre Befreier – mit Tränen in den Augen und zutiefst dankbar.

In den von den Nazis befreiten Gebieten wird derzeit der Wiederaufbau in vollem Umfang vorangetrieben. Bauarbeiter des russischen Militärs bauen Mariupol wieder auf; die Übergabe des ersten Wohnviertels mit 1 000 Wohnungen soll noch in diesem Herbst erfolgen. Auch in den Oblasten Cherson, Saporischschja und Charkiw wartet niemand auf die Rückkehr der Kyjiwer Regierung. Diese hat bereits ihr wahres Gesicht gezeigt, indem sie die staatlichen Sicherheitsorgane aufforderte, den gegen diese Oblaste gerichteten Terror zu

verstärken, und mit Repressalien für die so genannten „Kollaborateure“ mit Russland drohte, also diejenigen, die sich der russischen Kultur zugehörig fühlen, den Wunsch haben, die Vorfahren zu ehren und Symbole des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg zu tragen.

Im Rahmen der Entmilitarisierung der Ukraine wurden seit Beginn der militärischen Spezialoperation 231 Flugzeuge, 134 Hubschrauber, 1 451 unbemannte Luftfahrzeuge, 353 Flugabwehrraketensysteme, 3 910 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 716 Mehrfachraketenwerfer, 3 092 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 4 016 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze zerstört. Die gezielte Ausschaltung der in der Ukraine ein-treffenden westlichen Söldner wird fortgesetzt. Nach Angaben des russischen Verteidigungs-ministers Sergej Schoigu wurden in den letzten zehn Tagen 170 „Glücksritter“ eliminiert. Fast hundert weigerten sich, an den Kampfhandlungen teilzunehmen, und haben das ukrainische Hoheitsgebiet verlassen. Zwei weitere Söldner aus dem Vereinigten Königreich wurden in der DNR als Kriegsverbrecher angeklagt. In diesem Zusammenhang ist die Aus-sage des dort inhaftierten Briten Aiden Aslin erwähnenswert, es sei wahrscheinlicher, dass er beim Beschuss der Stadt Donezk durch die ukrainischen Streitkräfte getötet werde, als im Zuge der Vollstreckung seines Todesurteils. In einer kürzlich in den sozialen Medien ver-öffentlichten Videobotschaft betonte er: „Es sieht so aus, als ob Gott mich bis jetzt am Leben gelassen hat, damit ich die Wahrheit erkennen und den Weg der Sühne einschlagen kann.“

Die militärischen Erfolge der verbündeten Truppen demoralisieren die ukrainischen Streitkräfte und führen zu einer steigenden Zahl von Deserteuren und von Personen, die sich der Teilnahme an den Kämpfen entziehen wollen. Die ukrainische Führung verheimlicht auf jede erdenkliche Weise, dass ihre Truppen unterbesetzt sind. Trunkenheit, Drogenkonsum und die unerlaubte Aufgabe von Kampfstellungen sind weit verbreitet. Immer häufiger gibt es Fälle, in denen Angehörige der ukrainischen Streitkräfte oder Söldner auf Personen aus den eigenen Truppen schießen.

Die großen personellen Verluste im Donbass zwingen die ukrainischen Streitkräfte dazu, Verstärkung aus den westlichen Regionen des Landes anzuwerben. Viele von ihnen sind nicht bereit, an intensiven Kampfeinsätzen teilzunehmen, zumal sie bestenfalls eine zweiwöchige Ausbildung erhalten. Angehörige des achten Bataillons der zehnten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, das in der Stadt Seversk stationiert ist, wandten sich kürzlich mit folgender Erklärung an den Präsidenten der Ukraine: „Wir haben keine Kommandeure Unter diesen Umständen werden wir uns gezwungen sehen, Kampfaufgaben abzulehnen, denn wir sind in erster Linie Menschen und kein Kanonenfutter. Und wir sind nicht die Einzigen, es gibt viele von uns.“ Diese Worte sind eine weitere Bestätigung dafür, dass selbst jene Bürgerinnen und Bürger, die der Gehirnwäsche durch die Kyjiwer Propaganda unterzogen wurden, allmählich begreifen, dass Russland nicht gegen sie, gegen das ukrainische Volk, Krieg führt, sondern gegen ein verbrecherisches Regime, dessen Entnazifizierung und Entmilitarisierung es durchführt, und dass es damit eine Sicherheitsbedrohung in Europa beseitigt.

Doch die ukrainische Regierung will nicht aufhören. Auf der Liste der Wehr-pflichtigen, die ab dem 1. Oktober gilt, stehen nun auch Frauen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren. Bezeichnenderweise spricht ein externer Berater des Büros des Präsidenten der Ukraine, Oleksij Arestowysch, offen darüber, dass Frauen in den ukrainischen Streitkräften faktisch nicht als Menschen angesehen werden: „Frauen in der Armee – das ist eine schreck-liche Geschichte. Sie werden nicht wie Menschen behandelt. Es gibt Probleme mit der

Hygiene. Frauen sind der Gefahr der sexuellen Belästigung ausgesetzt. ... Sie stehen unter ständigem Druck, weil die Männer sie dort oft nicht als menschliche Wesen betrachten. Diese Probleme sind tief in der Tradition verwurzelt und reichen bis in die Zeit zurück, als Frauen nicht in die Saporoger Sitsch gelassen wurden.“ Man kann sich zu Recht fragen, was die Zusicherungen der ukrainischen Delegation im Forum für Sicherheitskooperation (FSK), die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen werde in alle Tätigkeitsbereiche der ukrainischen Armee einbezogen, wert sind. Wir möchten Sie daran erinnern, dass diese Zusicherungen auch von der stellvertretenden Innenministerin der Ukraine, Tetiana Kovaltschuk, auf der gemeinsamen Sitzung des FSK und des Ständigen Rates der OSZE am 20. Mai 2020 gemacht wurden. Wo bleibt die Reaktion der westlichen Verfechterinnen und Verfechter der Resolution 1325 im Forum, die seit mehreren Jahren hysterisch für die Notwendigkeit einer Erklärung des OSZE-Ministerrats zu diesem Thema plädieren?

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass es sich bei den meisten Ukrainern, die nach Europa desertiert sind, weil sie nicht für die derzeitige Regierung sterben wollten, um junge Männer im wehrpflichtigen Alter handelt. Sie verlangen; dass ihnen die hiesigen Behörden Unterkünfte mit maximalem Komfort auf dem Niveau von Fünf-Sterne-Hotels zur Verfügung stellen, fahren in teuren ausländischen Autos durch Wien und werden oft gegenüber der Polizei gewalttätig, während ihre Altersgenossen in der Ukraine überall zwangsweise einberufen werden. Das ist wirklich bezeichnend.

Herr Vorsitzender,

zusammenfassend möchte ich am Ende der heutigen Erklärung darauf hinweisen, dass die angelsächsischen Hintermänner, die die ukrainische Regierung zurückhalten und behaupten, die Zeit für einen friedlichen Dialog zwischen Russland und der Ukraine sei noch nicht gekommen, völlig übersehen, dass die Spezialoperation in der Ukraine schon innerhalb der nächsten 24 Stunden beendet sein könnte. Dazu bedarf es lediglich eines Befehls an die nationalistischen Bataillone und die ukrainischen Streitkräfte, ihre Waffen niederzulegen und den russischen Forderungen nachzukommen. Doch sehr viele im Westen, insbesondere am Ufer der Themse, wollen gar keinen Frieden in der Ukraine, er wäre für sie sogar von Nachteil.

Ich kann mir vorstellen, dass wir jetzt triumphale Berichte darüber hören werden, wie die Ukraine angeblich die russische Garnison von der Schlangeninsel vertrieben hat. Aber sparen Sie sich Ihre Begeisterung lieber für den Zeitpunkt auf, an dem die blau-gelbe Flagge tatsächlich dort gehisst wird. Es ist noch nicht soweit. Die russischen Streitkräfte haben die Insel geordnet verlassen, nachdem sie alle ihre Aufgaben erfüllt hatten. Durch ihre Feuerstellungen haben sie allerdings nach wie vor die Kontrolle über die Insel.

Im Übrigen drängen dieselben britischen Regierungsvertreter darauf, Schiffe ihrer einstmaligen großen Königlichen Marine ins Schwarze Meer zu bringen. Als Vorwand dient ihnen das Argument, dass die Häfen für den Export von ukrainischem Getreide befreit werden müssten. Zu erwähnen ist, dass bereits 1915 ein britisch-französisches Geschwader versuchte, eine Passage durch die Meerengen ins Schwarze Meer zu erzwingen. Ich denke, die geschätzten Militärberater werden sich daran erinnern und uns über dieses Kapitel ihrer Militärgeschichte berichten.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.